



**SPD-Verschwörer Steffen:** Kanzlersturz zum Wohl der Partei

die Wechselwirkungen zwischen Energiepolitik, Nuklear-Technologie und Wirtschaftswachstum.

Am Beispiel der Kieler Verschwörung erweist sich, wie sehr der Streit über diese Thematik, der sich vordergründig wie ein reiner Experten-Disput ausnimmt, an das Selbstverständnis der Partei rührt und ihre Regierungsfähigkeit zunehmend lähmt.

Die Auseinandersetzung begann mit taktischen Fehlern des Kanzlers. Statt die Kritiker eines forcierten Ausbaus der Kernenergie ernst zu nehmen, provozierte Helmut Schmidt die engagierten Genossen gleich zweimal.

Kaum hatte die SPD als erste Partei das Thema Atomenergie von den Bürgerinitiativen übernommen, unterließ der Regierungschef die gerade beginnende Diskussion. Im März verabschiedete das Kabinett energiepolitische Leitlinien, in denen der beispielsweise von SPD-Theoretiker Erhard Eppler bestrittene Zusammenhang zwischen dem Bau von Atommeilern und der Vollbeschäftigung noch einmal als zwingend betont wurde.

Und als die SPD vorige Woche in Köln mit Experten das Energiethema diskutierte, hatte der Kanzler schon wieder vollendete Tatsachen geschaffen. Bewußt am Tag vor Beginn der Konferenz ließ er von seinen Ministern ein Energieforschungsprogramm beschließen, das ohne Rücksicht auf Argumente der Kritiker mit Milliarden-Einsatz die Entwicklung der Atomtechnologie weiter vorantreiben soll — einschließlich der Entwicklung „Schneller Brüter“ und der Wiederaufbereitung von Uranbrennstäben.

Forschungsminister Matthöfer: „Das haben wir bewußt gemacht, hier sollte klar sein, was die Regierung will.“

Mit solch gezielten Kraftakten gerät Schmidt in Gefahr, sich immer weiter von der Parteimeinung zu entfernen.

Unter starkem Beifall rechnete Erhard Eppler gleich zu Beginn des Kongresses mit der Bonner Regierung ab. Eppler an die Adresse des Kanzlers: „Ich fordere die Wiedereinsetzung der Politik in ihre Pflichten und Rechte.“

Sein Vorwurf: Des Kanzlers Argumentationskette, Vollbeschäftigung lasse sich nur durch beschleunigtes Wachstum und beschleunigtes Wachstum nur durch erhöhten Energieverbrauch sicherstellen, sei falsch.

Auf dem SPD-Parteitag im November dieses Jahres, so glaubt Eppler, wird die Mehrheit der Delegierten seiner Meinung sein: „Rechts von mir



**SPD-Verschwörer Jansen:** Komplott im Hotel

wird es da keine Beschlüsse zur Energiepolitik geben.“

Gegen Eppler und seine Anhänger, von Zahl und Einfluß her beileibe keine Sektierer mehr, stehen mit dem Kanzler jene Gewerkschafter, die durch Verzögerung oder Stopp von Kernkraftwerksbauten eine weitere Gefährdung von Arbeitsplätzen befürchten.

Schmidts Gefolgsmann Holger Börner verspottet Epplers Linie als „Sauerampfer-Sozialismus“. Für ihn habe Vorrang, daß 20 000 Arbeitnehmer, die in Hessen schon heute von Reaktorbau leben, ihre Jobs nicht verlieren.

Ob solcher Beistand dem Kanzler noch helfen kann, wird zusehends ungewiß. Denn inzwischen kann er nicht einmal mehr auf die ungeteilte Unterstützung seines Koalitionspartners FDP bauen. Schon stellt sich Freidemokrat Horst-Ludwig Riemer, Wirtschaftsminister im Kohleland Nordrhein-Westfalen, offen gegen seinen Parteifreund, den Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (siehe Interview Seite 27).

So gewinnt eine Theorie an Glaubwürdigkeit, die Eppler vor Vertrauten über Schmidts Absichten vortrug. Es könne wohl sein, daß es der Kanzler bewußt auf die große Konfrontation anlege, um entweder die Partei in die Knie zu zwingen oder einen großen Abgang zu haben.

Den Kampf mit der Partei aber könne der Regierungschef nicht gewinnen. Eppler: „Wenn Schmidt noch dreimal für die Kernenergie ins Fernsehen geht, dann gibt es einen Parteitagsbeschluss: weg mit dem ganzen Atomschiff, dann gibt es die große Explosion.“

## SPD/BERLIN

### Irre Erfrischung

**Die Berliner SPD versucht ihre Dauerkrise mit einem neuen Mann an der Spitze zu bewältigen: Stobbe statt Schütz als Regierender Bürgermeister. Kommt der Wechsel zu spät?**

Im Fernsehstudio gab sich Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz am Dienstagabend vergangener Woche noch leger und obenhin. „Skandale?“ — „Ich warte darauf, daß mir welche berichtet werden. Rücktritt?“ — Da „muß man mich schon aus dem Amt tragen“.

24 Stunden später hatte er seinen Skandal — der Rücktritt des Innensensors Kurt Neubauer war fällig. Und noch einmal 48 Stunden später trug er sich selber aus dem Amt — er gab, so die offizielle Erklärung eines Parteisprechers, „den Weg frei für eine neue Lösung“, ohne ihn.

Nach einem langen, selbstverschuldeten politischen Auszehrungsprozeß,

der mit der Affäre Neubauer eine akute kritische Phase erreichte, fand die Berliner SPD am Ende gerade noch die Kraft, eine personelle Generalbereinigung anzusteuern. Der SPD-Landesvorstand nahm am Freitagvormittag schlicht zur Kenntnis, daß Schütz sein Amt zur Verfügung stellen wolle, die Fraktion kürte Stunden später schon den Nachfolger: den gegenwärtigen Bundes senator Dietrich Stobbe, 39.

Mit diesem schnellen Schnitt suchte die SPD zugleich die gefährdete Koalition mit den Freien Demokraten zu retten, deren Berlin-Chef Wolfgang Lüder den Rücktritt Neubauers gefordert hatte, und einem Antrag der oppositionellen CDU die Brisanz zu nehmen: das Berliner Abgeordnetenhaus aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen.

Wenn die Koalitionskrise in Berlin damit auch gebannt schien, so blieb doch offen, ob das SPD-Revirement — eine umfängliche Neubesetzung des Berliner Senats zeichnet sich ab — eine grundlegende Erneuerung auch in der Partei verspricht und deren Wahlchancen bis 1979 (Wahlen zum Abgeordnetenhaus) doch noch bessert; die Berliner SPD, die einst mit absoluter Mehrheit regierte, käme heute nach einer In-fas-Schätzung eben auf 35 Prozent.

Ob Schütz für die nächsten Wahlen Spitzenkandidat der SPD geblieben wäre, hatten Genossen selber in letzter Zeit immer häufiger bezweifelt. Daß er nach vielerlei Beteuerungen, nicht aufzugeben und „zu kämpfen“, gleichwohl das Feld so schnell räumte, kam überraschend: durch die Affäre eines Genossen, dem man so eine Affäre gar nicht zugetraut hatte.

Ausgerechnet das dienstälteste Kabinetts-Mitglied, der Berliner Innensenator

und Ex-Bürgermeister Kurt („Kutte“) Neubauer, ein rechter, als untadelig geltender Genosse war es, der diesmal abglitt. Er hatte rund 56 000 Mark Entschädigung für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der senatseigenen Berliner Bank (in den Jahren 1972 bis 1976) zu Unrecht einbehalten und erst im Januar, nach einem Monitum seiner Verwaltung, wie gesetzlich vorgeschrieben, an die Landeskasse abgeführt.

Der laxer Umgang mit öffentlichen Geldern entsprang laut Neubauer („Ich fühle mich frei von persönlicher Schuld“) einer Schlamperei bei der häuslichen Kassenführung. Frau Anneliese, so sagt Kurt, habe die Überweisung „offenbar vergessen“.

Soweit hat die SPD/FDP-Koalition in Berlin bereits abgewirtschaftet, daß — Neubauer beim Wort genommen — die Gedankenverlorenheit einer Hausfrau eine Regierungskrise auslösen kann. Mit dem Rücktritt des Innensensors geriet der gesamte Senat, Schütz eingeschlossen, aus den Fugen.

Noch im Abgang erfaßte Neubauer klar die politische Lage: „Das auslösende Ereignis steht in keinem Verhältnis zu den Folgen.“ Aber gerade das Mißverständnis von Anlaß und politischer Wirkung ist bezeichnend dafür, wie brüchig die Berliner Regierungsbasis bereits geworden ist, wie wenig der Senat noch verkraften kann.

Nach einem Vierteljahrhundert Regentschaft hat die Berliner Sozialdemokratie, für die einst Namen wie Ernst Reuter und Willy Brandt standen, durch politische Affären und Skandale, durch Ämter-Patronage und Verfilzung in der Verwaltung das Gesicht verloren. Jüngste Pointe: Die Staatsanwaltschaft prüft, ob gegen den Regie-



### Sozialdemokrat Schütz

„Man muß mich schon aus dem Amt tragen“

renden Bürgermeister selber ein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß fällig ist.

Seit der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Frühjahr 1975, bei der die SPD von 50,4 auf 42,6 Prozent rutschte und damit die absolute Mehrheit einbüßte, ist der neue SPD/FDP-Senat immer wieder mit der Absicherung seiner eigenen Existenz beschäftigt:

- ▷ Bereits kurz vor der Regierungsbildung trat der damals noch amtierende, zur Weiterverwendung vorgesehene Finanzsenator Heinz Striek zurück, weil auch er vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß falsch ausgesagt haben sollte (er wurde später von einem Gericht freigesprochen).
- ▷ Nach zehnmonatiger Amtszeit hatte der Senator für Verkehr und Betriebe, Harry Liehr, dubioses Personal-Geschiebe in einem stadteigenen Betrieb zu vertreten — durch Abgang.
- ▷ Fünf Monate später, im Juli 1976, ging Bürgermeister und FDP-Justizsenator Hermann Oxford, weil vier Terroristinnen aus der unzulänglich abriegelten Frauenvollzugsanstalt hatten entspringen können.

Praktisch ein Drittel der ursprünglich 13köpfigen Senatsmannschaft war schon zur Regierungshalbzeit nicht mehr auf dem Posten. Vor zwei Wochen erst räumte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Haus seinen Stuhl; der Fraktions-Vorstand war nicht nach seinen Vorstellungen gewählt worden.

Am empfindlichsten jedoch verspielten die Sozialdemokraten ihren Vertrauensbonus bei der Bevölkerung durch jene Verquickung von politischem Engagement, öffentlichen Be-



Zurückgetretener Innensenator Neubauer, Ehefrau: „Frei von Schuld“

langen und eigenem Fortkommen, die in Berlin ihren Namen bekam und geädelt wurde: zur „Filzokratie“.

Wie ein Mahnmal gegen Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung steht der Steglitzer Kriesel seit Jahren nutzlos in der Stadt — und zum drittenmal zur Versteigerung an. In der laufenden Legislaturperiode stand gleichermaßen über Monate jener Untersuchungsausschuß im Blickfeld, der die Personal-Kungelci unter Genossen bei der einst Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) zu durchdringen versuchte. Neben Politikern gerieten jeweils auch Spitzenbeamte ins Gerede und wurden abgeschoben, wie der Oberfinanzpräsident Klaus Arlt (Kriesel) und der Senatsdirektor Dieter Schwäbl (KPM).

Angelastet wurde die ganze Misere teils zu Recht, teils zu Unrecht, dem Regierenden Schütz. Sein Führungsstil mißfiel mittlerweile den Genossen quer durch alle Lager in der Partei. Der Chef, so meinten die Genossen, sitze nur „in der Loge“ und traure den Zeiten nach, da er für Willy Brandt Wahlen organisierte und, später, als Staatssekretär im Bonner Außenamt noch weltweit denken durfte.

Schütz bekam zu spüren, daß die von Bonn aus mitbetriebene Politik der Entspannung nicht nur Erleichterung für Berlin brachte. Einerseits schaute nun, da mit Transitabkommen oder Besuchsregelung jahrzehntelange Konflikte beseitigt worden waren, die Welt nicht mehr so unentwegt auf diese Stadt; andererseits traten nun mehr als früher die ordinären kommunalpolitischen Bedürfnisse des eingemauerten Gemeinwesens zutage.

Klaus Schütz, so zeigte sich, war nicht der Mann für dieses politische Umfeld. Die über Jahre gehegte Vision vom internationalen Angelpunkt, Drehscheibe für das Geschehen zwischen Ost und West, vernebelte nur die Unfähigkeit des Senats zu handfester Heimarbeit.

In der Partei beschränkte sich die von Schütz-Anhängern gerühmte „integrierende Kraft“ von „Vater Klaus“ weitgehend darauf, nach dem Kräfte-Proporz der Parteiflügel Ämter, vor allem Senatssitze zu verteilen. In den letzten Jahren beobachtete der Bürgermeister die Probleme seiner Stadt und seiner Partei mit zunehmender Distanz.

Nahezu angewidert registrierte Schütz lediglich den Filz unter Genossen, statt durchzugreifen. Und letzte Woche, als sich die neue, auch für ihn entscheidende Affäre anbahnte, war seine Lust am Regieren, wie ein Vertrauter fand, „mit null gar nicht mehr zu beschreiben“. SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, der aus Bonn herbeieilte, und mit ihm unter vier Augen sprach, fand einen Regierenden

vor, der um sein Amt gar nicht mehr kämpfen wollte.

Notfalls, so überbrachte der Bonner Emissär dem SPD-Landesvorstand, stehe der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischniewski, „natürlich zur Verfügung“. Doch es geschah, was gar nicht ohne weiteres zu erwarten gewesen war: Die Berliner verstanden sich zu einer „inneren Lösung“, um sich, wie Bausenator Harry Ristock formulierte, „am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen“.

Drei Kandidaten standen im Landesvorstand für den „Willensbildungsprozeß“ (SPD-Vize Klaus Riebschläger) zur Debatte. Wischniewski bekam 13, Stobbe elf, Ristock acht Stimmen beim ersten Durchgang. Im zweiten Anlauf hatte Ristock, der Sprecher der Ver-



**Schütz-Nachfolger Stobbe**  
„Weg frei für eine neue Lösung“

einigten Linken, bereits verzichtet. Und nun votieren 15 Genossen für den Bonner Staatsminister, 17 für den Berliner Bundessenator.

Der war dann in der anschließenden Fraktionssitzung ohne Gegenkandidaten praktisch ein Selbstgänger: 46 Stimmen für ihn, 14 dagegen, drei Enthaltungen — immerhin versagte sich die Fraktion diesmal einen jener Flügelkämpfe, die seit Jahren die Berliner SPD ebenso spalten wie lähmen; und der unterlegene Ristock versprach dem siegreichen Stobbe loyale Unterstützung.

Zum künftigen Spitzenmann nominiert wurde mit Stobbe freilich ohnehin ein Politiker, der am Zuschnitt der Bonner SPD-Fraktion gemessen zwar rechts, nach Berliner Maß eher in der Mitte anzusiedeln ist. Der wie Ristock und Wischniewski aus Ostpreußen

stammende Diplom-Politologe ist seit 16 Jahren in der SPD. Er war Anfang der sechziger Jahre Neubauers Persönlicher Referent während dessen Amtszeit als Jugendsenator und diente sich in Genossen-Tradition vom Kreisgeschäftsführer in Charlottenburg hoch zum Parteitagssdelegierten, war vorübergehend als Vorstandsassistent bei der Berliner Kindl-Brauerei AG (Werbefloslogan: „Die irre Erfrischung“) tätig, wechselte dann aber wieder zurück in die Parteipolitik, als Geschäftsführer der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhaus.

Zum Senator für Bundesangelegenheiten avancierte Stobbe, mittlerweile auch im SPD-Landesvorstand, im Jahre 1973, als er die Nachfolge des ins Bonner Bundeskanzleramt wechselnden Horst Grabert antrat.

Parteitagstrategen sehen seit je Stobbes damalige Berufung als Vorentscheidung für eine irgendwann fällige Schütz-Nachfolge. Zwar hatte auch der erklärte Exponent des rechten Parteiflügels, der jetzige Finanzsenator Riebschläger, als aussichtsreicher Bewerber gegen Ristock auf der linken Position gegolten. Doch der seit gemeinsamen Studentenzeiten mit Stobbe verfeindete Jurist Riebschläger brachte sich durch seinen allzu offen vorgetragenen Machtanspruch selber um die Sympathien bei seinen Gesinnungsfreunden.

Und während Stobbe durch Sachlichkeit und erfolgreiche Arbeit in Bonn auch bei den Linken mehr und mehr Ansehen gewann, warb Bausenator Ristock bei den rechten Genossen vergeblich um Unterstützung.

Bundeskanzler Helmut Schmidt, wie Ehefrau Loki gern Gast auf Stobbes „Laubenpieperfest“ bei Bier und Bulette, weiß den Pragmatiker zu schätzen. In der ostpolitischen Viererrunde mit Wischniewski, Staatssekretär Günter Gaus und dem Bonner Berlin-Bevollmächtigten Dietrich Spangenberg gilt Stobbe als reflektierender Fachmann.

Namentlich für die Inselstadt Berlin dürfte Stobbe mehr noch geschickten Ausgleich denn fixierten Polit-Standpunkt im Sinn haben. Gerade da könne man, meint der kommende Mann, „durch Interessenausgleich noch vieles praktisch“, aber nur „weniges grundsätzlich lösen“. Schlagworte wie „Mittelpunkt aller Deutschen“, „Drehscheibenfunktion“ seien „oft genug nicht mehr als der Stoff, aus dem man Träume macht“.

Das klingt anders als bei Schütz. Und was Stobbe schon vor einem halben Jahr sagte, wirkt nun, nach all den Affären und Querelen in der Berliner SPD, fast wie ein Programm: „Wir müssen deutlich machen, daß die Stadt an erster Stelle steht, nicht wir.“

Mal sehen.